

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 94. Ratssitzung vom 7. Dezember 2011

2081. 2011/121

**Dringliche Motion von Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüsey (SVP) und 42 Mitunterzeichnenden vom 13.04.2011:
Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund,
Ausarbeitung eines Erlasses**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab.

***Severin Pflüger (FDP)** begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1248/2011): Im nächsten Jahr sollen alle Plakatträger die auf öffentlichem Grund stehen und heute im Eigentum der Plakatgesellschaften sind, entschädigungslos an die Stadt fallen. In manchen Quartieren sieht man bis heute gar keine Plakate. Gesuche dafür wurden zwar gestellt, doch vom Stadtrat nicht bewilligt. Wir verlangen mit der Motion, dass zukünftig der Gemeinderat und nicht mehr der Stadtrat darüber entscheiden soll, wie auf öffentlichem Grund plakatiert wird.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Der Stadtrat lehnt die Entgegennahme der Motion ab. Es handelt sich hierbei um eine sehr juristische Materie. Wir sind der Meinung, dass die Motion nicht dem entspricht, wie wir die rechtliche Lage und Sachlage in Bezug auf den Erlass der Verordnung beurteilen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Kurt Hüsey (SVP):** Einmal mehr möchte die Stadt eigenmächtig neue Vorschriften erlassen. Die Stadtverwaltung monopolisiert und vereinnahmt immer mehr den öffentlichen Grund. Plakatgesellschaften wird das Geschäft ständig erschwert. Für die letzte Ausschreibung hat die Stadt das Plakatierungsrecht für eine Laufzeit von fünf Jahren vergeben. Wer den Vertrag unterschrieb, erklärte sich gezwungenermassen damit einverstanden, dass nach Ablauf der fünf Jahre alle Plakatträger der Plakatierungsunternehmen in das Eigentum der Stadt Zürich übergehen. In den Vorschriften für das Anbringen von Reklameanlagen wurde auch festgeschrieben, dass das Recht für Plakatanschlüsse auf öffentlichem Grund ausschliesslich der Stadt zusteht. Bedenkt man, dass alle Firmen ihre Werbeträger selber herstellen und unterhalten, wurden sie damit ent-*

eignet. Die Stadt will nun alles in Eigenregie machen: Neue Werbeträger entwickeln, herstellen und vor Ort montieren, Träger vermieten, womöglich noch selber plakatieren und die Plakate in den städtischen Druckereien herstellen. Dabei hat die Stadt keinerlei Erfahrung in diesem Segment und diese Arbeit hat nichts mit ihrem Auftrag zu tun. Wir bitten deshalb um die Unterstützung der Motion.

Matthias Probst (Grüne): *Wir haben die einmalige Gelegenheit, über die Plakate auf öffentlichem Raum neu zu verhandeln. Die Aussenwerbung erzielt ihren Wert einzig und allein durch ihre Sichtbarkeit vom öffentlichen Grund aus, weshalb auch das Interesse der Bevölkerung an der Plakatierung hoch ist. Das erhöhte öffentliche Interesse rechtfertigt, dass sich der Gemeinderat, als bessere Vertretung des Volkswillens, dem Geschäft annimmt und Rahmenbedingungen stellt. Meiner Meinung nach haben wir deutlich zuviele Plakate und diese Flut muss zu händeln sein. Das Thema ist es wert, dass man darüber eine öffentliche Debatte führt und dann gemeinsam beschliesst, in welche Richtung sich der Plakatraum in der Stadt Zürich entwickeln soll. Wir werden darum die Motion unterstützen.*

Bernhard Jüsi (SP): *Wir von der SP haben ein wenig mehr Vertrauen in den Stadtrat und in die Verwaltung. Wenn der Gemeinderat in Sachen Plakatierung mehr oder weniger das gleiche regelt, wie der Stadtrat bis anhin geregelt hat, wurde nur ein riesiger, kostenintensiver Leerlauf produziert. Ich persönlich werde mich, obwohl ich ein ganz klares Votum gegen die Sache ausgesprochen habe, der Stimme enthalten.*

Michael Baumer (FDP): *Matthias Probst (Grüne) stört sich an der vielen Werbung. Aus unserer Sicht gehört auf öffentlichem Grund Werbung zu einem funktionierenden Wirtschaftsraum dazu. Wenn man regeln will, wer über die Nutzung des öffentlichen Raums bestimmen soll, muss man auch regeln, wie man ihn benutzen darf. Es liegt an einem Parlament, über die Wichtigkeit von Dingen zu befinden. Dazu gehört insbesondere die Festlegung von Rechtsgrundlagen. Überweisen Sie die Motion, damit wir darüber diskutieren können.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Als kleine Partei haben wir selbstverständlich auch nur ein kleines Budget in Bezug auf Werbemittel. Deshalb ist es für uns von Vorteil, wenn es genügend Plakatplätze gibt, die auch wir uns leisten können. Wir hoffen, dass die Grossen im Sinne der Demokratie an die Kleinen denken, freuen uns auf die Diskussion und unterstützen die Motion.*

Mauro Tuena (SVP): *Der Stadtrat hat im Niederdörfli die kleinen LED-Werbetafeln mit juristischen Argumenten verboten. Ich habe nur Stimmen von Leuten gehört, die darüber den Kopf geschüttelt haben. Niemanden hat diese Werbung gestört. Ich wäre sehr froh, wenn man dem Stadtrat diese Kompetenz wegnimmt. Damit hätte man die Möglichkeit, im Rat eine Debatte zu führen um zu sagen, was man will und was nicht.*

3 / 3

Irene Bernhard (GLP): Die GLP unterstützt die Motion. Die Debatte macht deutlich, dass Werbung sehr umstritten ist. Wir sind aber primär der Ansicht, dass es sich effektiv um ein rechtliches Monopol handelt. Wir teilen die Auffassung des Stadtrats keinesfalls, der argumentiert, es gäbe neben der städtischen auch noch eine private Plakatfläche.

Thomas Schwendener (SVP): Ob die Plakate gross oder klein sind, im Vergleich zu Thailand oder Paris oder sonst einem Teil der Welt haben wir es wenigstens etwas normiert. Aber die Stadt hat offenbar gemerkt, dass es ein Business ist, mit nichts tun Geld zu verdienen und Leute zu schikanieren. Das kann es nicht sein. Ich bitte um die Unterstützung der Motion.

Die Motion wird mit 76 gegen 38 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**Kopie vorab an:
VHB**